MITTEILUNGSVORLAGE

			Vorlage-Nr.: M 15/0184
604 - Fachbereich Verkehrsflächen, Entwässerung und Liegenschaften			Datum: 23.04.2015
Bearb.:	Möller, Jörg	Tel.: -217	öffentlich
Az.:	604/Herr Jörg Möller -lo		

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Zuständigkeit
Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr	07.05.2015	Anhörung

Beantwortung der Anfrage von Herrn Holle in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 05.03.2015 zu den Themen

- 1. Zufahrt Wasserwerke Friedrichsgabe**
- 2. Tempo-30 Harkshörner Weg**
- 3. Fahrradabstellanlage Quickborner Straße**
- 4. Fuß-/Radweg Skateranlage**
- 5. Kiesabbau Hopfenweg**

Herr Holle stellt folgende Fragen:

1. Durch die Schließung der Lawaetzstraße hinter dem Kreisel bei Jungheinrich durch zwei große Findlinge und der Sperrung einer möglichen Zufahrt über die neue Verlängerung der Oadby-and-Wigston-Straße, sind die Wasserwerke Friedrichsgabe nebst der technischen Einheit von Wilhelm Tel nicht mehr durch Fahrzeuge erreichbar.

Derzeit nutzen die Stadtwerke und andere Besucher dieser Einrichtung den Bürgersteig über die Oadby-and-Wigston-Straße.

- a) Gelten für die Stadtwerke gesonderte Verkehrsregeln, da weder die Nutzung eines Bürgersteiges als Zufahrt (ca. 100 Meter) noch das Abbiegen von der Oadby-and-Wigston-Straße (gekennzeichnet durch das amtliche Schild 290-30 vorgeschriebene Fahrtrichtung geradeaus) erlaubt sind?
- b) Wie sollen die Besucher und Angestellten der Wasserwerke künftig das Gebäude verkehrssicher und gesetzeskonform erreichen?

Antwort:

Selbstverständlich gelten für die Stadtwerke keine gesonderten Verkehrsregeln.

Die offizielle Zufahrt zum Wasserwerk ist der in der Anfrage als „Bürgersteig“ bezeichnete gepflasterte Weg, der sich im Eigentum der Stadtwerke befindet und direkt auf das Tor zu führt. Eine entsprechende Bordsteinabsenkung zur Überfahrt des Geh- und Radweges befindet sich dort ebenfalls.

Sachbearbeiter/in	Fachbereichsleiter/in	Amtsleiter/in	mitzeichnendes Amt (bei über-/ außerplanm. Ausgaben: Amt 11)	Stadtrat/Stadträtin	Oberbürgermeister
-------------------	-----------------------	---------------	--	---------------------	-------------------

Die tatsächlich fehlerhafte Beschilderung wurde inzwischen entfernt.

Somit ist die Erreichbarkeit des Wasserwerks jederzeit gegeben.

2. Der Harkshörner Weg weist ca. 200 Meter hinter der Zufahrt aus der Ulzburger Straße eine Tempo-30-Zone auf.

Gleichwohl im vorderen Bereich der Schulweg quert, die neuen Asylantenunterkünfte gebaut werden und nur teilweise ein Bürgersteig vorhanden ist, weist dieser Bereich keine Geschwindigkeitsbegrenzung aus und stellt zumindest für die Schüler eine große Bedrohung dar.

- a) Kann die Geschwindigkeitsbegrenzung für die gesamte Straße vorgenommen werden? Wenn nein, warum nicht?
b) Kann der fehlende Teil des Bürgersteiges hergestellt werden? Wenn nein, warum nicht.

Antwort

zu a):

Eine Geschwindigkeitsbegrenzung für den gesamten Harkshörner Weg kann nicht vorgenommen werden. Die 30er-Zonen-Regelung gilt derzeit ab Beginn der Bebauung des Harkshörner Wegs.

30er-Zonen dürfen gemäß § 45 Abs. 1 c StVO insbesondere in Wohngebieten und Gebieten mit hoher Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte sowie hohem Querungsbedarf eingerichtet werden. Das Wohngebiet am Harkshörner Weg beginnt erst ca. 350 m hinter der Einmündung in die Ulzburger Straße.

Daneben weist das Gebiet keine hohe Fußgänger- und Fahrradverkehrsdichte auf. Die Schüler der Grundschule Harkshörn nutzen anderweitige Wegeverbindungen.

Auch der Vorentwurf zum Bebauungsplan 309 „Südlich des Harkshörner Wegs/Ulzburger Straße“ sieht keine Erschließung der geplanten Gemeinbedarfsfläche zum Harkshörner Weg vor, so dass auch aufgrund der geplanten Bebauung hier mit keinem erhöhten Fußgänger- und Fahrradverkehr gerechnet werden kann.

zu b):

Von der Ulzburger Straße bis zur Zuwegung zur Schule ist ein beidseitiger Gehweg vorhanden.

Die Herstellung des Gehwegs im restlichen Teil des Harkshörner Wegs wird aus Gründen der Schulwegsicherung als nicht für notwendig erachtet.

Gleichwohl könnte ein Gehweg (jedoch voraussichtlich nur bei Beseitigung etlicher Bäume) hergestellt werden. Dafür stehen jedoch weder im aktuellen Grundhaushalt noch im mittelfristigen Finanzplan Mittel (grob geschätzt ca. 100.000,00 Euro) zur Verfügung.

3. Die Überdachung der Fahrradabstellanlage auf der westlichen Seite der AKN Haltestelle Quickborner Straße weist deutliche Rostspuren auf.

Da diese erst im Jahr 2014 installiert wurde und nun schon an mehreren Stellen notdürftig übermalt wurde, stellt sich folgende Frage:

- a) Kann und wird hier der Lieferant oder die installierende Firma haftbar gemacht und zu Ausbesserungsarbeiten verpflichtet?

Antwort:

Die Überdachung der Fahrradabstellanlage auf der westlichen Seite der AKN weist tatsächlich diverse Rostspuren an den Schraubverbindungen auf. Diese Überdachung wurde jedoch bereits 2009 errichtet. Somit ist die Gewährleistung bereits seit einigen Jahren abgelaufen. Dennoch hat sich der Lieferant bereit erklärt, die Mängel zu beseitigen.

4. Zwischen dem Fuß- und Radweg an der Skateranlage und dem Gleisbett der AKN besteht lediglich ein kleiner Abstand von ca. 2 Metern. Nur an einigen Stellen ist dieser durch Zäune gesichert, so direkt vor und hinter der Skateranlage. Wie eindeutige „Trampelpfade“ belegen, besteht hier jedoch reger Fußgängerverkehr über die Schienen. Da die gesamte Fläche von Jugendlichen und Kindern genutzt wird, besteht hier ein erhebliches Gefährdungspotential.

a) „Wer ist für die Sicherung der Gleisanlagen zuständig?“

b) „Kann und wird hier der bestehende Zaun verlängert, um mögliche Gefahrenpunkte zu entschärfen?“

Antwort:

zu a)

Für die Sicherung der Gleisanlagen der AKN ist der Bahnstreckenbetreiber AKN selbst zuständig.

zu b)

Eine Zaunverlängerung ist technisch und baulich möglich. Die Verwaltung sieht aus folgenden Gründen aber keine Notwendigkeit für weiterführende Maßnahmen:

1. Im Bauantrag zur Skateanlage wurden keine zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen (z. B. von der AKN) gefordert.
2. Mit dem Bau der Skateanlage wurde dennoch darüber hinaus am 22.08.2013 bei einem Ortstermin die Erforderlichkeit von zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen zwischen Verwaltung, EGNO, VGN und AKN abgestimmt. Ergebnis der Abstimmung ist der seit Eröffnung der Skateanlage vorhandene Stabgitterzaun.
3. Weitere Maßnahmen würden bei Bedarf durch die AKN veranlasst. Der AKN waren zum 22.08.2013 die von Herrn Holle beschriebenen „Trampelpfade“ und das zugehörige Gefahrenpotential bekannt. Nach Angabe der AKN gibt es keine rechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Bereiche nördlich und südlich der Anlage.

Sollte seitens der Politik gewünscht sein, die Zaunanlage gleichwertig zu verlängern, entstehen voraussichtlich Kosten in Höhe von ca. 75 €/m inkl. MwSt. inkl. der Kosten für die Beseitigung der straßenbegleitenden Vegetation. Im aktuellen Haushaltsplan stehen dafür jedoch keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

5. Bitte geben Sie einen kurzen Sachstandsbericht zu dem Antrag auf Kiesabbau Hopfenweg.

Antwort:

Gegen die Rahmenbetriebszulassung (Planfeststellungsbeschluss) des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) in Clausthal-Zellerfeld vom 27.08.2013 zugunsten der Firma Norderstedter Rohstoffzentrum (NCR, ein Tochterunternehmen der Fa. Karl Böttger GmbH) zur nördlichen Erweiterung des Quarzsandabbaues „Norderstedt-Hopfenweg“, westlich des NSG Wittmoor, hat die Stadt Norderstedt mit Datum vom 09.10.2013 Klage beim Verwaltungsgericht in Schleswig eingereicht. Grundlage sind die diesbezüglichen Beschlüsse des ASV, u .a. vom 15.11.2012 (Vorlage B 12/0438).

Der Planfeststellungsbeschluss ist aus Sicht der Stadt rechtswidrig, da er insbesondere im Widerspruch zum wirksamen FNP 2020 der Stadt Norderstedt und den dort enthaltenen Darstellungen von Konzentrationsflächen für den Rohstoffabbau steht.

Ein diesbezüglicher Termin wurde vom Verwaltungsgericht bislang noch nicht angesetzt. Derzeit werden jedoch entsprechende Schriftsätze zwischen den Beteiligten des Verfahrens ausgetauscht.